

Ein Mediator soll es richten

Nordhäuser Straße: Verwaltung setzt auf Profi, der mit allen Parteien nach einer Lösung sucht

VON MATTHIAS THÜSING

ANDREASVORSTADT. Im Streit um die Neugestaltung der Nordhäuser Straße setzt die rot-rot-grüne Stadtratsmehrheit nun auf die Dienste eines unabhängigen Vermittlers. Für rund 85 000 Euro soll ein Mediator zwischen den verhärteten Fronten vermitteln – und bis Ende 2016 einen Kompromiss suchen, der den Interessen von Stadtrat und Anliegern gleichermaßen gerecht wird. Das bestätigt Oberbürgermeister Andreas Bausewein (SPD).

„Wir haben mit der Bürgerinitiative aus der Nordhäuser Straße darüber schon geredet“, so Bausewein. „Sie hat Einverständnis signalisiert, wenn der Mediationsprozess tatsächlich ergebnisoffen geführt wird.“



Anwohnerprotest in Nordhäuser Straße. Foto: Frank Karmeyer

Zunächst schlägt die Verwaltung dem Stadtrat vor, allein die Leistungen für die „Bestandsaufnahme sowie die Erarbeitung einer Broschüre zu den bestehenden Planungsvarianten, zur Pressearbeit und Identifizierung von Konstellationen, Befindlichkeiten, Interessen und Zielen der Bürgerbewegung“ auszuschreiben. Schließlich sei

nicht auszuschließen, dass sich bereits bei der Sondierung der Konfliktlagen zu den verschiedenen einzelnen Interessen keine gemeinsame Lösung abzeichnen könnten und ein weiterer Moderationsprozess keinen Sinn mehr mache.

Den bezweifelt generell auch CDU-Fraktionschef Michael Panse. Es stehe dem Verfahren „skeptisch gegenüber“. Warum etwa müsse man einen externen Öffentlichkeitsarbeiter beschäftigen, wo die Stadtpressestelle doch mit mehreren Mitarbeitern besetzt sei. „Geld, das wir woanders besser ausgeben können“, so Panse. Auch sei die Ratsvorlage in einer Art verfasst, die erkennen lasse, dass die Stadtplanung weiterhin die von den Anliegern abgelehnte Planungsidee favorisiere. Das Bauamt halte of-

fensichtlich weiter an einer Variante fest, die bis in die Vorgärten der Anlieger hineinreiche.

Bausewein schiebt solchen Spekulationen einen Riegel vor. „Ja, der Mediator ist nicht billig. Aber er wird neutral agieren – wir brauchen ihn.“ Denn auch der OB weiß, dass die gesamte Planung für die Nordhäuser Straße gegen die Anwohner überhaupt nicht mehr entschieden werden kann. Bis spätestens 2020 muss die Baumaßnahme durchgeführt und beim Fördermittelgeber abgerechnet sein. will Erfurt noch jene Töpfe in Anspruch nehmen, die zur Finanzierung der Maßnahme dringend benötigt werden. Klagt auch nur ein Anwohner – etwa gegen die Enteignung seines Vorgartens – ist der Zeitplan nicht mehr zu halten.

„Energie in
funktionieren. Und um die Men-
schen zu ermuntern, dabei mit-
ri
RO
kle
sch
Kaj
wo
un-
kle
bef
Sch
He
sch
bra
tete
len
ten
Sar
ent
am
hat
Fre
10
wei
● T